

Strukturdynamiken im Demokratisierungsprozess. Das Fallbeispiel Südkoreas¹

Thomas Kern

This article examines the impact of structural dynamics like "influencing" and "negotiating" on the process of democratization in South Korea in the 1980s. In the first part, the theoretical concepts of "structural dynamics" and "revolution" are introduced. In the second part the empirical results of the study are presented and discussed. For the most time the democratization process of South Korea was characterized by a structural dynamic of mutual influencing, which means, that the authoritarian regime and the democracy movement just interacted without communicating directly. But as it will be shown, this structural dynamic was interrupted by two sudden changes, which are crucial for the explanation of the transition in 1987: In early 1986, the government surprisingly altered from "influencing" to "negotiating", when it publicly announced direct talks with the dissident camp. In the spring of 1987, again a sudden change occurred, when the government broke off all negotiations in order to return to the path of "influencing". The article tries to explain, why these two changes occurred and what kinds of effects they had on the democratic transition in 1987. Following from this, future perspectives for the development of the research on democratization are discussed. The concept of structural dynamics promises to be a key instrument for the overcoming of the division between structural and voluntaristic approaches.

1 Verhandlung oder Revolution?

Die Diskussion über das Thema Demokratisierung ist bisher in hauptsächlich zwei getrennten Bahnen verlaufen (Mahoney et al. 1999): Voluntaristische Ansätze richten ihr Augenmerk darauf, "wie sich der Regierungswechsel vollzieht, in welcher Sequenz von Phasen und Momenten welche Akteure mit welchen Strategien interagiert haben und welche Folgen das für die Stabilität oder Instabilität der neu entstehenden Demokratien hat" (Merkel 1996: 315). Das Ziel besteht darin, auf der Basis von systematischen empirischen Vergleichen zu Aussagen über typische Verlaufformen von Demokratisierungsprozessen zu gelangen. In der Forschungspraxis richtet sich das Interesse dabei hauptsächlich auf das strategische Verhalten der beteiligten Akteure, wobei es sich meist um Angehörige der gesellschaftlichen Elite handelt (Schmitter und O'Donnell 1986; Przeworski 1991). Es geht um die Frage, auf welchem (Verhandlungs-)Weg die moderaten Kräfte aus Regierung und Opposition zu einer Einigung ("Pakt") über einen demokratischen Regimewechsel kom-

¹ Die Arbeit an diesem Artikel war nur Dank großzügiger Stipendien der DFG, der Humboldt-Stiftung und der Korea Foundation möglich. Ebenso danke ich den Professoren Uwe Schimank und Franz-Xaver Kaufmann für ihre Betreuung.

men. Den dafür erforderlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen wird allerdings kaum Beachtung geschenkt.

An diesem Punkt setzt die strukturalistische Demokratisierungsforschung an. Sie betont die "social requisites of democracy" (Lipset 1994): Durch sozioökonomische Modernisierung verschieben sich auf lange Sicht die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Unterschicht – vor allem der rasch wachsenden Arbeiterklasse, die als die treibende Kraft im Demokratisierungsprozess gilt (Rueschemeyer et al. 1992; Collier und Collier 1991). In diesem Szenario gibt es keine Verhandlungen und keine Kompromisse. Die Interessen der beiden Blöcke stehen sich unvereinbar gegenüber: Die Unterschicht fordert eine Teilhabe an der politischen Macht ein, während die traditionelle Oberschicht den Status quo verteidigt. Beide prallen unerbittlich aufeinander, sobald die bisherigen Machthaber nicht mehr in der Lage sind, die unterprivilegierten Klassen im Zaum zu halten. Infolgedessen beinhaltet der Übergang zur Demokratie unvermeidlich ein revolutionäres Element im Sinne eines gewaltsamen Bruchs mit der Vergangenheit (Tilly 1999: 29). In seiner klassischen Studie über die "sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie" bringt etwa Barrington Moore (1969: 13-17) diesen Sachverhalt pointiert zum Ausdruck.

Der folgende Artikel geht davon aus, dass sich beide Ansätze aus spieltheoretischer Perspektive als unterschiedliche strategische Konstellationen rekonstruieren lassen: Voluntaristische Ansätze betonen die *Kooperation* zwischen den Akteuren. Der Regimewechsel wird als prinzipiell ergebnisoffener Verhandlungsprozess rekonstruiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, unter welchen Bedingungen innerhalb der Oberschicht eine bindende Vereinbarung – der so genannte "Elitenpakt" (Cadena-Roa 2003) – über die Einführung demokratischer Institutionen zustande kommt. Strukturalistische Ansätze betonen dagegen die *Nicht-Kooperation*. Ausgangspunkt ist eine "revolutionäre Situation," in der zwei einander ausschließende Blöcke – die traditionelle Oberschicht und die so genannten Massen – "jeweils begründete Ansprüche auf die Macht im Staat" (Tilly 1999: 32) erheben. Maßgeblicher Bestimmungsfaktor ist dabei allein das Kräfteverhältnis, das heißt, zwischen den Kontrahenten findet keine Kommunikation über mögliche Vereinbarungen statt; beide handeln nur im Hinblick auf ihre eigenen Präferenzen und nutzen alle verfügbaren Mittel, um diese einseitig durchzusetzen:

It is power relations that most importantly determine whether democracy can emerge, stabilize, and then maintain itself even in the face of adverse conditions (Rueschemeyer et al. 1992: 5).

Entsprechend den beiden strategischen Konstellationen stellen voluntaristische und strukturalistische Ansätze im Demokratisierungsprozess jeweils unterschiedliche Strukturdynamiken in den Vordergrund: Im ersten Fall dominiert die *Logik der Verhandlung*, im zweiten Fall die *Logik der Revolution*. Der vorliegende Artikel untersucht am Fallbeispiel Südkoreas Mitte der 1980er-Jahre, in welcher Form diese beiden Strukturdynamiken im Demokratisierungsprozess wirksam waren. Wie im Verlauf der Argumentation deutlich wird, lassen sich beide Logiken – Verhandlung und Revolution – als strategische Optionen innerhalb einer Brinkmanship-Konstellation spieltheoretisch rekonstruieren. Davon ausgehend kann die Frage beantwortet

werden, warum der demokratische Übergang im einen Fall ausgehandelt wird, während es im anderen zu einem revolutionären Umsturz kommt.

Der Artikel gliedert sich dabei wie folgt: In Abschnitt 2 wird das Konzept der Strukturdynamik und seine soziologische Relevanz erläutert. In Abschnitt 3 wird der Revolutionsbegriff diskutiert. In Abschnitt 4 geht es um die Rolle von Strukturdynamiken im Demokratisierungsprozess in Südkorea: Im ersten Teil (Abschnitt 4.1) wird gezeigt, dass die Situation zwischen 1980 und 1986 im Wesentlichen von einem nicht-kooperativen Schlagabtausch zwischen den mobilisierten Massen und dem autoritären Regime bestimmt war. Im zweiten Teil (Abschnitt 4.2) wird der Frage nachgegangen, warum die Regierung im Frühjahr 1986 plötzlich auf Kooperation setzte und sich auf Verhandlungen mit der Opposition einließ. Im dritten Teil (Abschnitt 4.3) wird dargelegt, wie ein erneuter Strategiewechsel der Regierung, nämlich die Aufkündigung der Kooperation, zu einem revolutionären Umbruch führte, allerdings – wie noch deutlich wird – ohne revolutionärem Ergebnis. Davon ausgehend werden in Abschnitt 5 Perspektiven für die Weiterentwicklung der Demokratisierungsforschung angedacht. Es wird gezeigt, wie auf der Basis des vorgelegten Ansatzes eine mögliche Überwindung von strukturalistischen und voluntaristischen Ansätzen aussehen kann.

2 Strukturdynamiken

Strukturdynamiken beschreiben die Grundmuster des Zusammenwirkens von Akteuren innerhalb eines gegebenen institutionellen Kontexts (Schimank 2000: 17). Sie spielen bei der Rekonstruktion von strukturellen Effekten, wie etwa dem Übergang von autoritären zu demokratischen Systemen, eine Schlüsselrolle. Dabei gilt allerdings, dass nicht alle Strukturdynamiken einer theoretischen Modellierung zugänglich sind (Schimank 2000: 196-205). In vielen Fällen, bei so genannten "offenen Strukturdynamiken," lassen sich die Wechselwirkungen zwischen den beteiligten Akteuren nur als historische Begebenheiten nacherzählen. Nicht wenige gesellschaftliche Tatsachen verdanken einem solchen, mehr oder weniger zufälligen, Zusammentreffen von Handlungen ihre Existenz, ohne dass bestimmte Absichten oder Mechanismen im Spiel waren.

Bei "geschlossenen Strukturdynamiken" liegt der Fall jedoch anders. Ein bekanntes

Fall der *Beobachtung* orientieren die Akteure ihr Verhalten aneinander, ohne dass eine gezielte Beeinflussung stattfindet. Beispiele sind Fluchtpaniken, Börsenpaniken, ansteckende Überzeugungen, Trends und Moden etc. (Coleman 1995: 254-310). Hauptsächlich Theorien kollektiven Verhaltens beschäftigen sich mit solchen Prozessen. Ein wichtiges Anwendungsgebiet sind so genannte "Bandwagon-Effekte" (Granovetter 1978), die bei kollektiven Mobilisierungsprozessen eine entscheidende Rolle spielen (Oliver et al. 1985; Elster 1989). Anpassungsverhalten dieser Art findet aber nicht nur zwischen Individuen statt, sondern kann auch zwischen Kollektiven beobachtet werden, wie in der Organisationssoziologie das Beispiel des "mimischen Isomorphismus" (DiMaggio und Powell 1991) zeigt.

Im Fall der *Beeinflussung* gehen die Akteure über das reine Anpassungsverhalten hinaus und versuchen – mit ihren Einflusspotenzialen – gezielt aufeinander einzuwirken. Der Interaktionsverlauf hängt dabei wesentlich von der Verteilungsstruktur der Ressourcen ab: (a) In asymmetrischen Konstellationen kann ein dominanter Akteur seinen Willen ohne Rücksicht auf andere durchsetzen. Die daraus resultierenden Struktureffekte lassen sich in den meisten Fällen aus seinen Präferenzen heraus erklären.² Dass dies nicht nur für individuelle, sondern auch für korporative und kollektive Akteure gilt, zeigt sich etwa am Beispiel der japanischen Kolonialpolitik in Korea. Die Koreaner hatten der ökonomisch und militärisch überlegenen Großmacht Japan kaum etwas entgegenzusetzen. Infolgedessen war die japanische Modernisierungspolitik auf der ostasiatischen Halbinsel hauptsächlich auf die eigenen ökonomischen und militärischen Bedürfnisse zugeschnitten. (b) Je mehr die Einfluss-Asymmetrie zwischen beiden Seiten jedoch abnimmt, desto unberechenbarer entwickelt sich der Verlauf der Strukturdynamik und desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein von keiner Partei beabsichtigtes Ergebnis eintritt. Eines der bekanntesten Beispiele dieser Art ist der so genannte "Königs-Mechanismus" mit dem Norbert Elias (1976) die Entstehung eines zentralisierten Staatswesens in Frankreich erklärt. Dabei zeigt er, wie, in einer relativ unübersichtlichen Konkurrenzsituation zwischen mehreren Feudalherren im Spätmittelalter, Expansionszwänge dazu führten, dass die Herrschaft sich zum Schluss in einer einzigen Hand konzentrierte.

Während die beiden vorangehenden Strukturdynamiken auf einer Strategie der Nicht-Kooperation beruhen, setzt die *Verhandlung* die Kooperationsbereitschaft der beteiligten Akteure voraus. Das Ziel ist die Herstellung von bindenden Vereinbarungen zwischen Akteuren. Bei Verhandlungen erwarten die Beteiligten, dass das mögliche Resultat einer Nichteinigung überlegen ist. Der Verhandlungsgegenstand kann sich dabei genauso auf die Produktion wie auf die Verteilung eines kollektiven Gutes erstrecken. Das Hauptdilemma besteht darin, dass für eine erfolgreiche Verhandlungslösung Kreativität, effektive Kommunikation und gegenseitiges Vertrauen nötig sind, während reale Verhandlungserfolge oft nur erreicht werden, wenn Informationen zurückgehalten, Kommunikation blockiert und Misstrauen gepflegt wird (Scharpf 2000: 211). Der Verlauf und Ausgang von Verhandlungen hängt hauptsächlich von den Situationseinschätzungen, Präferenzen und Einflusspotenzialen der

² Schimank (2000: 274) weist darauf hin, dass es auch Beispiele für unabsichtliche Normsetzungen durch dominante Akteure gibt.

Akteure sowie ihren wechselseitigen Spielzügen ab (Scharpf 2000; Dixit und Nalebuff 1997; Przeworski 1991).

Abschließend sei betont, dass es sich bei den drei Grundmustern der Strukturdynamik um eine idealtypische Unterscheidung handelt. In der empirischen Wirklichkeit greifen Beobachtung, Beeinflussung und Verhandlung häufig eng ineinander über. Dies wird im Verlauf des Artikels noch deutlich werden.

3 Revolutionäre Situationen

Obgleich die Beobachtungsdynamik im Demokratisierungsprozess oft eine wichtige Rolle spielt, etwa bei der Diffusion von pro-demokratischen Einstellungsmustern oder sozialen Protesten, werden die beiden anderen Strukturdynamiken – Beeinflussung und Verhandlung – im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen. Ausgangspunkt ist die Spaltung der Gesellschaft in Befürworter (Provokation) und Gegner (Repression) eines demokratischen Regimewechsels. Tilly (1999: 32) spricht in diesem Zusammenhang von einer "revolutionären Situation," die durch drei Merkmale gekennzeichnet ist: 1. Zwei Koalitionen erheben jeweils einen absoluten Anspruch auf die Macht im Staat. 2. Jede von ihnen kann sich auf eine breite Anhängerschaft in der Bevölkerung stützen. 3. Die Machthaber sind nicht willens oder in der Lage, die oppositionelle Koalition systematisch zu unterdrücken. Davon ausgehend soll von *Beeinflussungsdynamik* die Rede sein, wenn sich die Kräfte der Repression und der Provokation auf einen Schlagabtausch einlassen, ohne miteinander in Kommunikation einzutreten. Das heißt, jede Seite konzentriert sich auf die einseitige Durchsetzung ihrer Präferenzen auf Kosten der anderen. Gewalt wird dabei billigend in Kauf genommen. Eine *Verhandlungsdynamik* ist hingegen dadurch charakterisiert, dass beide Kontrahenten miteinander Kontakt aufnehmen, um den Spielraum für mögliche Kompromisse bei der Einführung von demokratischen Institutionen auszuloten.

Wie entstehen revolutionäre Situationen? Ein umfassende Antwort auf diese Frage würde den Rahmen der Untersuchung sprengen. Entsprechend der Definition lassen sich jedoch drei verschiedene Klassen von Faktoren unterscheiden: (a) An erster Stelle geht es um die Faktoren, die zur Entstehung von Interessengegensätzen vor allem innerhalb der Elite beitragen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Zunahme der sozialen Mobilität, etwa durch sozioökonomische Modernisierung (Goldstone 1991). Insofern die beteiligten Blöcke meist ein breites Spektrum von Gruppen mit partikularen Interessen umfassen, spielen die Mechanismen der Koalitionsbildung eine wichtige Rolle. Auf diesem Gebiet liegen bisher jedoch kaum Studien vor. Dabei ergeben sich gerade hier Anschlussmöglichkeiten, um zwischen den beiden eingangs beschriebenen Paradigmen zu vermitteln, etwa in der Frage, in welcher Form Teile der Elite in ein breites Bündnis von Protestgruppen eingebunden werden. (b) An zweiter Stelle folgen alle Faktoren, die eine breite Unterstützung der Proteste in der Bevölkerung begünstigen. Goldstone (1998: 140) spricht hier von "kultureller Resonanz". Dies betrifft besonders das "Framing" (Snow und Benford 2000) von gemeinsamen Forderungen innerhalb der Koalitionen. (c) An dritter Stelle folgen jene Faktoren, die zur Schwächung der staatlichen Durchsetzungsfähigkeit beitragen. Dabei kann es sich um Kriege oder ökonomische

Krisen handeln. Eine wesentliche Rolle spielen außerdem die von Przeworski (1991) betonten, fehlerhaften Situationseinschätzungen innerhalb des autoritären Regimes.

Wie in der einschlägigen Literatur betont, führt eine revolutionäre Situation nicht automatisch zu einer Revolution. Davon kann erst die Rede sein, wenn im Verlauf eines gewaltigen Umsturzes die Macht von der bisherigen Herrschaftscoalition tatsächlich auf eine neue übergeht. Dies ist aber nicht immer der Fall. Neben einer Revolution sind zwei alternative Konfliktlösungen denkbar: (1) Wenn es den alten Machthabern nicht gelingt, das Problem durch konsistente Repression in den Griff zu bekommen, können sie versuchen, einige der Konkurrenten auf ihre Seite ziehen, bis die Koalition ihrer Gegner zerfällt (Tilly 1999: 39). Unter diesen Umständen handelt es sich um eine Niederlage für die Opposition. (2) Wenn sich die Opposition nicht spalten lässt und eine Niederschlagung nicht möglich ist, kann in direkten Verhandlungen nach einer Kompromisslösung gesucht werden, die für beide Seiten akzeptabel ist. Die entscheidende Frage lautet somit, unter welchen Bedingungen kommt es zu welcher Lösung?

4 Regimewechsel in Südkorea

An dieser Stelle richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Strukturdynamik. Unter spieltheoretischen Gesichtspunkten ist es möglich, die strategische Interaktion zwischen den Kräften der Provokation und der Repression im Demokratisierungsprozess als "Brinkmanship" – "Spiel am Abgrund" oder "Politik des äußersten Risikos" – zu rekonstruieren (Schelling 1980): Zwei Akteure befinden sich dabei in einer Konfliktsituation, in der jeder versucht, den Gegner zum Rückzug zu zwingen, indem er eine Eskalation heraufträgt, die für beide katastrophal sein könnte. Das heißt, die Protestkoalition steuert eine Massenmobilisierung an, die in letzter Konsequenz zu einem revolutionären Umsturz führt. Das Regime versucht im Gegenzug mit allen Mitteln, meist mit einer dosierten Mischung aus Zugeständnissen und Repressionen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Welchen Verlauf die Interaktion dabei nimmt, ist maßgeblich davon abhängig, (a) wie die Gegenmaßnahmen des Regimes wirken und (b) wie die kulturelle Resonanz auf die Proteste ausfällt.

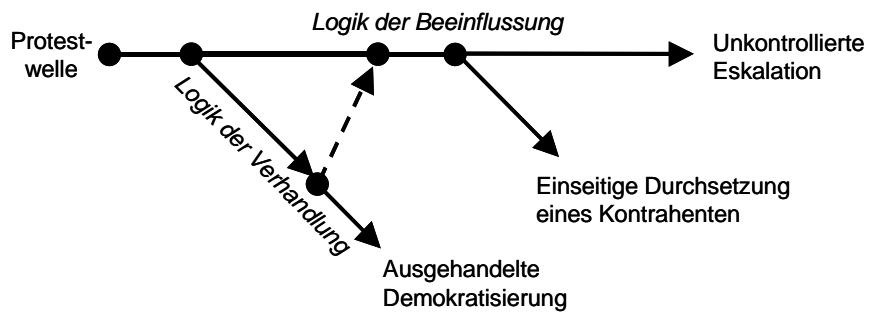
Gemäß der "Werterwartungstheorie" (Klandermans 1997: 26-29) geht die Protestforschung davon aus, dass sich durch Repressionen die Kosten für die individuelle Teilnahme an sozialen Protesten deutlich erhöhen. Wie empirische Ergebnisse jedoch zeigen, haben Repressionen nicht immer diesen vom Regime erwünschten Effekt. Es gibt Situationen, in denen die Proteste kurzfristig abnehmen, langfristig jedoch steigen, weil die kulturelle Resonanz groß ist und die staatliche Unterdrückung in der Bevölkerung mehrheitlich als illegitim angesehen wird (Opp und Ruhl 1990). In diesem Fall kann die abschreckende Wirkung von Repression durch soziale Anerkennung im Protestmilieu mehr als kompensiert werden. Ebenso kann die Wirkung, aus Sicht des Regimes, kontraproduktiv ausfallen, wenn die Repressionen zu schwach sind oder wenn Zugeständnisse des Regimes von den Gegnern als Schwäche ausgelegt werden (Rasler 1996; Kurzman 1996).

Solange es dem Regime nicht gelingt, einen Mobilisierungsprozess zu stoppen, besteht die Strategie der Protestbewegung darin, durch immer neue Konfrontationen

eine Eskalationsspirale in Gang zu setzen und das *Revolutionsrisiko* für das Regime immer weiter zu vergrößern. Umgekehrt wächst für die Protestbewegung dabei das Risiko, dass, je näher sich die Konfrontation an den Abgrund bewegt, die *Gefahr einer Niederschlagung* zunimmt. Beispielsweise kann das Regime das Kriegsrecht verhängen. Das heißt, beide Seiten spielen ein riskantes Spiel, bei dem für jeden Beteiligten große Verluste drohen. Im schlimmsten Fall kommt es zu einem langen Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang. Dabei beruht die besondere Dynamik des Brinkmanship darauf, dass keiner der Beteiligten weiß, ab welchem Punkt die Situation außer Kontrolle gerät. Die einzige Möglichkeit, eine Eskalation vorher zu stoppen, ohne das Gesicht zu verlieren, liegt in der gemeinsamen Suche nach einer *Verhandlungslösung* (Dixit und Nalebuff 1997: 209-210). Beide Seiten werden sich daran aber nur beteiligen, wenn das erwartete Ergebnis besser ausfällt, als wenn die Beteiligten nicht miteinander verhandeln. Solange das Regime darauf setzt, die Situation durch Repressionen einseitig unter Kontrolle zu bringen, wird es sich darauf nicht einlassen.

Vor diesem Hintergrund sind drei Szenarien denkbar (vgl. Abbildung 1): Die Konfliktdynamik folgt der Logik der Repression und mündet über kurz oder lang 1. in eine Revolution oder 2. in die vollständige Niederschlagung der Proteste. 3. Folgt die Konfliktdynamik hingegen der Logik der Verhandlung, besteht die Chance auf einen ausgehandelten Regimewechsel unter Beteiligung des bisherigen Regimes. Scheitern die Verhandlungen, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Beteiligten wieder auf den Repressionspfad zurückkehren.

Abb. 1: Strukturdynamiken im Demokratisierungsprozess



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Logiken der Repression und der Verhandlungen folgen unterschiedlichen Strukturdynamiken: (a) Zum "Sturz in den Abgrund" kommt es nur, wenn die Beteiligten eine Strategie der Nicht-Kooperation verfolgen. Entsprechende Effekte lassen sich formal auf der Basis von "Interaktionstheorien" (Rucht 1994: 345-347) aus der

Protestforschung modellieren.³ Ein in diesem Zusammenhang verbreitetes Instrument ist das Konzept der "politischen Gelegenheitsstrukturen" (Tarrow 1991; 1995). (b) Demgegenüber ist eine Verhandlungslösung möglich, wenn beide Seiten eine Strategie der Kooperation verfolgen. Die Konsequenzen lassen sich auf der Basis von so genannten "Elitenansätzen" aus der Demokratisierungsforschung analysieren.

Der Übergang zur Demokratie in Südkorea (1987) war durch eine enge Verschränkung der beiden Logiken geprägt. Teilweise überlagerten sich beide Strukturdynamiken. In Abschnitt 4.1 steht die Logik der Repression im Vordergrund. Ausgehend von der "Theorie der Gelegenheitsstrukturen" wird untersucht, wie sich Repression und Provokation in Südkorea entwickelten, hauptsächlich im Zeitraum zwischen 1979 und 1987. In Abschnitt 4.2 geht es um die Ursachen für den Wechsel von der Repressions- zur Verhandlungslogik im April 1986. In Abschnitt 4.3 wird zunächst der Verlauf der Verhandlungsphase beschrieben. Davon ausgehend folgt im Rahmen eines spieltheoretischen Ansatzes die Erklärung für den überraschenden Regimewechsel im Juni 1987.

4.1 Politische Gelegenheiten und Protest (1979-1987)

Die Interaktion zwischen Provokation und Repression wird in der Protestforschung mehrheitlich mit dem Konzept der "politischen Gelegenheitsstrukturen" beschrieben (Eisinger 1973; Tarrow 1991; Rucht 1998). Im Mittelpunkt steht der Einfluss von politischen Rahmenbedingungen auf die Mobilisierung von Protesten. Es wird angenommen, dass der Verlauf einer Protestwelle maßgeblich von der "Offenheit" der politischen Institutionen (*system responsiveness*) abhängt:

System responsiveness is an opportunity in the sense that people are more likely to get what they want in responsive political systems than in unresponsive ones. If the paradox of protest is that it appears to occur in systems exhibiting both open and closed characteristics, then it is possible to argue theoretically that the incidence of protest is related to the openness of the structure of opportunities in a curvilinear fashion (Eisinger 1973: 28).

Tarrow definiert die politischen Gelegenheitsstrukturen als "consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations of success and failure" (Tarrow 1995: 85). In weit geöffneten politischen Systemen sind Proteste demnach nicht notwendig, weil betroffene Gruppen ihre Anliegen in den politischen Institutionen offen vertreten können. In geschlossenen Systemen sind die Repressionen dagegen so stark, dass es ebenfalls seltener zu Protesten kommt. Das Auftreten von Protestbewegungen ist folglich am wahrscheinlichsten, wenn ein politisches System zugleich offene und geschlossene Charakteristika aufweist (Eisinger 1973: 25-28). Im Hinblick auf den Demokratisierungsprozess folgt daraus, dass sich eine Oppositionsbewegung erst formieren kann, wenn ein Mindestmaß an politischer Freiheit gewährleistet ist.

³ Oliver (Oliver 1993: 282-284) gibt einen Überblick über die vorherrschenden Konzepte. Die vorliegende Untersuchung orientierte sich maßgeblich an den Annahmen des "Opposing Forces Diffusion"-Modell von Oliver und Myers (1999).

Das Regime des seit 1961 regierenden südkoreanischen Präsidenten Park Chung-hee bewegte sich spätestens seit Einführung der Yushin-Verfassung 1972 auf einem kompromisslosen Repressionspfad: Demokratische Institutionen wurden weitgehend abgeschafft, Regimegegner verhaftet und Proteste unterdrückt. Besonders Gewerkschaften und Oppositionsparteien, aber auch kirchliche und universitäre Dissidentengruppen standen im Visier des Regimes. Geheimdienstapparat und Polizei überwachten beinahe jeden Schritt der Regimekritiker. Obgleich es immer wieder zu Aufsehen erregenden Protestaktionen und Demonstrationen gegen das Regime kam, war das Protestniveau zahlenmäßig – zumindest im Vergleich zu den folgenden Jahren – relativ gering.

Das politische Klima in Südkorea taute erstmals auf, nachdem Präsident Park Chung-hee von einem seiner engsten Mitarbeiter im Oktober 1979 ermordet worden war. Die Regierung regte öffentliche Diskussionen über eine demokratische Verfassungsänderung an und leitete mit zahlreichen Reformen den so genannten "Seouler Frühling" ein. Führende Kreise innerhalb des Militärs standen dieser Entwicklung jedoch skeptisch gegenüber. Einer kleinen Gruppe von Offizieren gelang es hinter den Kulissen, nach und nach wichtige Positionen im Sicherheitsapparat zu besetzen und den Fortgang der Reformen zu verzögern. Dies führte im Dissidentenmilieu mit der Zeit zu wachsender Unruhe. Im Frühjahr 1980 überzog eine Welle von Massenprotesten das Land. Regimekritiker forderten die Aufhebung des noch immer geltenden Kriegsrechts und ein Ende der Verzögerungstaktik. Das Militär hielt sich noch zurück. Erst nach der blutigen Niederschlagung von Demonstrationen im südöstlich gelegenen Gwangju im Mai 1980 sah General Chun Doo-hwan den günstigen Moment für eine offene Machtergreifung gekommen.

In den folgenden Monaten wurden fast alle gesellschaftlichen Einrichtungen einer massiven "Säuberung" unterzogen. Tausende von oppositionellen Studenten, Politikern, Gewerkschaftern, Journalisten und Geistlichen wurden entweder verhaftet oder mit einem Berufsverbot belegt (CISJD 1988). Die Medien wurden vollständig unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Oppositionelle Organisationen wurden zerstochen und an den Universitäten jeder Ansatz zu einer Protestkundgebung schon im Voraus unterbunden. Präsident Chun Doo-hwan hatte das Land fest im Griff und für Dissidenten bestand bis Ende 1982 praktisch kein Bewegungsspielraum.

1983 leitete das Regime überraschend eine so genannte "Liberalisierung" ein (Kim 2000: 80-97). Inwiefern "Risse im Regierungsblock" (Przeworski 1991) für die zaghafte Öffnung der politischen Institutionen verantwortlich waren, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Einiges spricht jedoch dafür, dass es innerhalb des Regimes eine starke Fraktion gab, die durch liberale Reformen das Legitimationsdefizit der unpopulären Regierung kompensieren wollten. Berufsverbote wurden schrittweise aufgehoben und Dissidenten nach und nach aus der Haft entlassen. 1984 wurden sogar die Polizeitruppen abgezogen, die seit Präsident Park an den Universitäten stationiert waren, um Demonstrationen zu unterbinden, und die wiedergegründete New Korea Democratic Party (NDP) etablierte sich bei den Wahlen im Frühjahr 1985 als führende Oppositionskraft im Parlament. In wenigen Jahren entstand eine Vielzahl von Gruppen, die sich in der Demokratiebewegung engagierten (Kim 2000: 83-87). Im Zentrum dieses Aufbruchs stand das Council for the

Promotion of Democracy (CPD), dem neben führenden Oppositionspolitikern wie Kim Dae-jung oder Kim Young-sam viele wichtige Repräsentanten der Demokratiebewegung angehörten.

Anders als erwartet wurde die Liberalisierungspolitik des Regimes von der Opposition jedoch nicht belohnt. Die kulturelle Resonanz der Protestbewegung ließ dem Regime keine Chance, sich zu einer "offeneren Diktatur" (Przeworski 1991: 61) zu entwickeln. Je mehr die Dissidentengruppen wieder Luft zum Atmen hatten, desto stärker wurden die Proteste gegen das Regime. Schrittweise reorganisierte sich die politische Oppositionspartei NDP und es entstand ein dichtes Netzwerk aus regimekritischen Organisationen (Kim 2000: 82-84). Besonders die Universitäten entwickelten sich zu Zentren des Widerstandes gegen die Regierung.

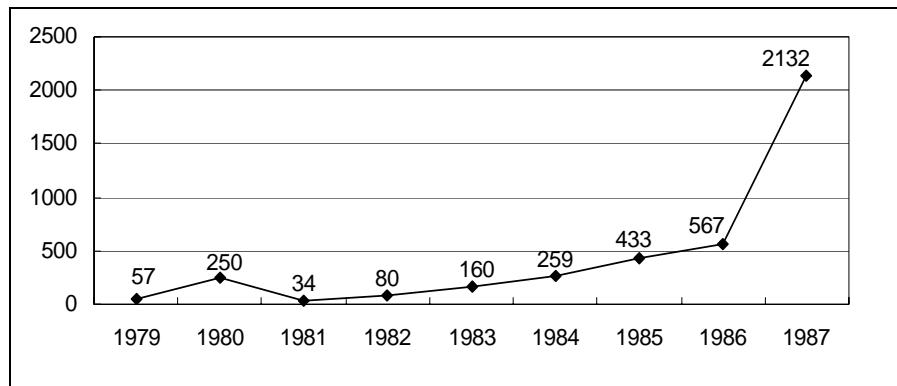
Die jährliche Entwicklung der Proteste (vgl. Abbildung 2) zwischen 1979 und 1987 lässt sich über weite Strecken durch Veränderungen innerhalb des politischen Systems in Südkorea erklären und fügt sich damit weitgehend in das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen. Während der kurzen Entspannungsphase 1979/80 hielt sich die Opposition mit Protesten vorerst zurück, weil sie die demokratische Reform der politischen Institution für unabwendbar hielt. Eine Rückkehr zur Diktatur schien ausgeschlossen. Als sich das Gelegenheitsfenster jedoch langsam zu schließen begann, versuchte die Opposition, die eingeschlagene Entwicklung durch Massenkundgebungen aufzuhalten. Nachdem sich das Militär Mitte Mai 1980 endgültig wieder an die Spitze gesetzt hatte, reagierte es darauf mit massiver Repression. Die politischen Institutionen verschlossen sich vollständig gegenüber den Forderungen der Protestbewegung. Das Netzwerk der Demokratiebewegung wurde zerschlagen und jeder Widerstand gegen das Regime im Keim ersticken. In diesem Klima konnten sich bis Ende 1982 kaum Proteste entwickeln. Nach der langsamem Öffnung des Systems nahmen die Protestaktivitäten von Jahr zu Jahr dramatisch zu. Im Juni 1987 gelang es schließlich der Opposition, über den Druck von der Straße eine demokratische Verfassungsreform zu erzwingen.

4.2 Wendepunkt am Abgrund

Wie Abbildung 2 zeigt, hielt die Demokratiebewegung zwischen 1982 und 1986 trotz zaghafter Öffnung der politischen Institutionen an ihrem Konfrontationskurs gegen das Regime fest. Die Zahl der Proteste erhöhte sich jährlich bis um das Doppelte. Die erste entscheidende Wende – den Wechsel von der Logik der Repression zur Logik der Verhandlung – erreichte die Protestkoalition im April 1986 mit einer Unterschriftenkampagne für eine Verfassungsänderung. Am 30. April lenkte die Regierung unter dem Druck der Demonstrationen ein und erklärte sich zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Verfassungsänderung bereit. Damit schien der Sturz in den Abgrund vorerst abgewendet. Ursprünglich hatte das Regime der Opposition frühestens für 1989 – also nach der Präsidentenwahl Ende 1987 und den in Seoul stattfindenden Olympischen Sommerspielen 1988 – Verhandlungen über eine neue Verfassung in Aussicht gestellt. Insofern war der Protestkoalition mit ihrer Unterschriftenkampagne ein wichtiger Coup gelungen.

Warum hatte das Regime plötzlich seinen Kurs geändert? Die Antwort liegt vermutlich im Verlauf der erwähnten Unterschriftenkampagne: Trotz scharfer Gegenmaßnahmen – großangelegter Razzien, Verhaftungen, Hausarreste etc. – war es der Regierung nicht gelungen, den Mobilisierungsprozess zu stoppen. Im Gegenteil, an der Unterschriftenkampagne beteiligten sich diesmal nicht nur die "üblichen Verdächtigen", wie Oppositionspolitiker, Studenten, religiöse Dissidenten etc., an den Protesten. Ab Anfang April sprachen sich, trotz Androhung von Disziplinarmaßnahmen, Hunderte Professoren in öffentlichen Erklärungen für die Unterschriftenkampagne der Opposition aus und warfen damit ihr gesellschaftliches Prestige in die Waagschale.⁴ Damit hatte die Auseinandersetzung eine neue Qualität angenommen. Das Regime hatte noch lebhaft in Erinnerung, dass die Regierung von Präsident Rhee Syngman 1960 erst zu Fall gebracht wurde, nachdem die Professoren sich öffentlich auf die Seite der Studenten gestellt hatten.

Abb. 2: Zahl der Protestereignisse in Südkorea (1979-1987)⁵



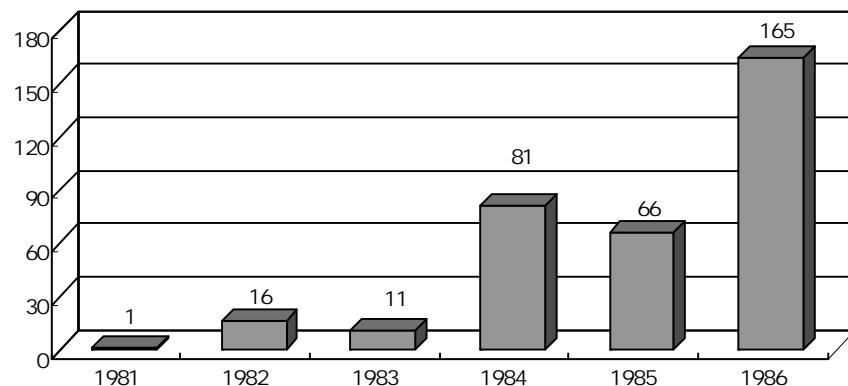
Quelle: Gesammelte Protestmeldungen der Tageszeitung *The Korea Times* 1979-1987, 6 Ausgaben pro Woche.

⁴ Die betreffenden Professoren wurden später durch eine Benachteiligung bei der Vergabe von Forschungsgeldern abgestraft (vgl. *The Korea Times*, 01.08.1986).

⁵ Diese und alle folgenden Angaben über die Verteilung von Protesten stützen sich, sofern keine anderen Datenquellen angegeben werden, auf die Auswertung aller Tagesausgaben der englischsprachigen *Korea Times* zwischen 1979 und 1987. Auf die umfangreiche Diskussion über die Zuverlässigkeit von Protestmeldungen kann im Rahmen dieses Artikels nur am Rande eingegangen werden (vgl. dazu Rucht et al. 1999). Als wichtigster Einwand gegen die Verwendung von Protestmeldungen aus Tageszeitungen gilt traditionell das *Selektivitätsproblem*, das heißt die mögliche Verzerrung der Daten etwa durch tendenziöse Berichterstattung oder Zensur. Dennoch setzen viele Protestforscher weiterhin auf Zeitungsmeldungen als Informationsquelle, weil andere Daten nicht verfügbar sind. Darüber hinaus entsprechen von offizieller Seite bereit gestellte Daten oft nicht den Ansprüchen an Genauigkeit hinsichtlich der beteiligten Akteure, Themen und Taktiken (Koopmans 1999: 92). Ebenso spricht für die Auswertung von Zeitungsdaten, dass vor allem jene Proteste politisch relevant sind, über die in den Printmedien berichtet wird. Obgleich oft nur ein kleiner Teil aller Protestereignisse abgedeckt wird, ist davon auszugehen, dass Zeitungen zumindest den für Demokratisierung relevanten Protestereignissen Beachtung schenken. Im Durchschnitt lagen die Protestmeldungen zwischen 1980 und 1987 etwa 75 Prozent unter offiziellen Angaben der Polizei.

Ebenfalls alarmierend für das Regime dürfte die dramatische Zunahme der Proteste im Vergleich zu den Vorjahren gewesen sein (vgl. Abbildung 3): Obwohl der Höhepunkt des jährlichen Protestzyklus – die Erinnerung an die blutige Niederschlagung der Widerstandsbewegung von Gwangju 1980 durch das Militär – Mitte Mai noch bevorstand, war die Zahl der in der *Korea Times* gemeldeten Proteste bis Ende April im Vergleich zum Vorjahr um das Zweieinhalbache gestiegen. In Anbetracht der Tatsache, dass die laufenden Demonstrationen erfahrungsgemäß von den Mai-Protesten um ein Vielfaches übertrroffen wurden, musste das Regime sich bedroht fühlen. Es spricht somit vieles dafür, dass die Regierung Chun Ende April einlenkte und Verhandlungen über eine Verfassungsreform ankündigte, um die angespannte Situation im Vorfeld der kommenden Mai-Proteste zu entschärfen.

Abb. 3: Gemeldete Proteste zwischen Januar und April (1981-1986)



Quelle: Gesammelte Protestmeldungen der Tageszeitung *The Korea Times* 1981-1986 (6 Ausgaben pro Woche).

Mit dieser Maßnahme hatte sich die Regierung eine Atempause verschafft. Die Eskalation der Proteste wurde vorerst gestoppt: Entgegen der zu befürchtenden Explosion blieb die Zahl der Mai-Proteste⁶ 1986 mit 150 im Vergleich zum Vorjahr 1985 mit 155 praktisch unverändert. An dieser Tendenz änderte sich auch in den folgenden Monaten wenig: Von Mai bis Dezember 1986 erhöhte sich die Zahl der Proteste gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum im Jahr 1985 von 367 auf 402 um knapp 10 Prozent. Gegenüber den beträchtlichen Steigerungen der vorangegangenen Jahre war diese Zunahme moderat.

Durch ihr Einlenken hatte die Regierung aber nicht nur die Protestwelle ausgebremst, sie hatte sich auch einen strategischen Vorteil verschafft. Protestkoalitionen haben die charakteristische Eigenschaft, dass sie – etwa im Vergleich zu zentral gesteuerten Organisationen oder überschaubaren Gruppen – nur eingeschränkt kollektiv verhandlungsfähig sind. Durch das Verhandlungsangebot wurde die Demokratiebewegung unter Druck gesetzt, einen Konsens über ihre Stellvertreter in den

⁶ Vgl. *The Korea Times* im Frühjahr 1986.

Verhandlungen finden zu müssen. Insofern das Regime nur die parlamentarische Opposition als Verhandlungspartner anerkannte, war diese Entscheidung zwar schon vorweggenommen, das Dilemma bestand aber darin, dass (a) führende Oppositionspolitiker wie Kim Dae-jung und Kim Young-sam aufgrund eines politischen Betätigungsverbotes von den Verhandlungen ausgeschlossen waren und (b) innerhalb der Protestbewegung einerseits regionale Ressentiments sich wieder bemerkbar machten, andererseits die kollektiven Ziele der Verhandlungen umstritten waren. Die Regierung arbeitete somit zielstrebig darauf hin, die Kräfte in der Demokratiebewegung zu spalten.

Diese Rechnung schien aufzugehen. Anfang Mai 1986 kam es auf einer großen Kundgebung in Incheon zu schweren Auseinandersetzungen zwischen "sozialrevolutionären" und "kompromissbereiten" Gruppen innerhalb der Demokratiebewegung. Studenten und Arbeiter hatten Parteimitgliedern der oppositionellen NDP den Zugang zu einer Versammlung verwehrt. Der "linke" Rand der Bewegung war rigoros gegen Verhandlungen mit dem Regime und verlangte die Fortsetzung des bisherigen Konfrontationskurses. Im Gegenzug sah das Regime in den Unruhen von Incheon einen willkommenen Anlass, um einerseits in einer Kampagne die Demokratiebewegung als "gewalttätigen Mob" zu stigmatisieren und andererseits angeblich "radikale" Vertreter der Demokratiebewegung in einer großen Verhaftungswelle aus dem Verkehr zu ziehen.⁷ In oppositionellen Kreisen gab es Gerüchte, dass die Eskalation der Demonstration in Incheon durch Geheimdienst und Polizei gezielt geschürt worden ist.

4.3 Verhandlungen, Repressionen, Regimewechsel

Mit dem Verhandlungsangebot durch die Regierung verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf die beiden vom Regime offiziell nicht anerkannten politischen Führer der Demokratiebewegung, Kim Dae-jung und Kim Young-sam. Beide verlangten als Vorbedingung für Gespräche die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Verhandlungen darüber zogen sich über Wochen hin und führten zu keinem konkreten Ergebnis; die Einsetzung der Verhandlungskommission wurde für den 30. September anberaumt. Die Regierung spielte von Beginn an auf Zeit. Je näher die nächsten Wahlen (im Dezember 1987) und die Olympischen Sommerspiele (1988) rückten, desto günstiger waren die Chancen, am Status quo festhalten zu können. Mittelfristiges Verhandlungsziel war die Einführung einer Kabinettsverfassung nach japanischem Vorbild. Die Opposition forderte hingegen eine Präsidialverfassung. Insofern sich keine Seite bewegte, waren die Gespräche von Beginn an festgefahren. Häufig verstrickte man sich in zermürbenden Verfahrensfragen.

Ein wesentlicher Grund für den Widerstand gegen das Präsidialsystem waren Vorbehalte der Regierung gegen eine mögliche Kandidatur von Kim Dae-jung. Um die Blockadesituation zu überwinden, bewegten führende Vertreter der Demokratiebewegung – allen voran der katholische Kardinal Stephen Kim Su-hwan – den inoffi-

⁷ Von Mai bis August 1986 wurden 169 Mitglieder von so genannten "radikalen" Studentenorganisationen wie der Minmintu und Chamintu verhaftet. Von ihnen wurden 154 angeklagt, 63 wegen Verstoßes gegen das "National Security Law" (NSL) (*The Korea Times*, 31.08.1986).

ziellen Oppositionsführer im November dazu, seine politischen Ambitionen freiwillig hinten anzustellen, falls das Regime einlenkt. Der Durchbruch blieb jedoch aus. Während die Unterhändler tagten, lieferten sich Studenten und Polizisten auf den Straßen und an den Universitäten schwere Auseinandersetzungen. Das Regime nutzte dabei jede Gelegenheit, Dissidentenorganisationen zu zerschlagen und die Opposition weiter zu schwächen. Das heißt, trotz Verhandlungen wurde gleichzeitig die Repressionspolitik in großem Umfang weiterverfolgt.

Im Gegenzug begann die Protestkoalition mit der Vorbereitung einer Massenkundgebung in Seoul für Ende November, um ihrerseits den Druck auf die Regierung wieder zu erhöhen. Das Regime blieb jedoch unnachgiebig: Bereits im Vorfeld wurden Dissidenten verhaftet und die beiden Kims (Kim Dae-jung und Kim Young-sam) unter Hausarrest gestellt. Mit einem Aufgebot von 70.000 Polizisten⁸ wurde die geplante Großdemonstration im Keim erstickt. Es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen; nach Zeitungsangaben wurden etwa 2.000 Personen verhaftet. Die Dissidenten zogen daraus die Konsequenz, dass es dem Regime an echter Reformbereitschaft fehlte. Somit entschloss man sich – ähnlich wie das Regime – eine "gemischte" Strategie aus Verhandlung und Protest zu verfolgen. Die NDP erklärte:

With a believe that the violent regime discarded by the people, will surely collapse, we now declare that the situation compels us to take on a new course of struggling in addition to the dialogue and compromise we have been pursuing so far.

Jedes Mittel inner- und außerhalb des Parlaments soll demnach genutzt werden, um den Wechsel herbeizuführen:

We believe that a firm solidarity among all democratic forces is indispensable to end the military dictatorship. We are resolved to step up an alliance with democratic forces outside the party (*The Korea Times*, 02.12.1986).

Zum Jahresende erlebte die Protestkoalition einen weiteren Rückschlag. Wie oben erwähnt, wurde das Geschick der Partei, neben der offiziellen Führung, in erster Linie *inoffiziell* durch die beiden Kims bestimmt, die vom politischen Betrieb aber noch immer ausgeschlossen waren. Der offizielle Parteichef Lee Min-woo signalisierte dem Regime im Dezember 1986, ohne Rücksprache mit den beiden Kims, seine Zustimmung zur Einführung einer Kabinettsverfassung. Zugunsten einer breiten Garantie von Grund- und Menschenrechten wollte er auf die Einführung des Präsidialsystems verzichten. Die Regierung reagierte darauf mit euphorischer Zustimmung; die Protestkoalition mit Entrüstung und tiefer Ablehnung. Es entbrannte ein heftiger Machtkampf, der im Frühjahr zu einer Spaltung der NDP und der Gründung einer neuen Reformpartei führte. Die Verhandlungen über eine Verfassungsreform kamen in dieser Periode nicht mehr weiter.

Insofern sich die Protestkoalition bewusst war, dass die Zeit zugunsten des Regimes arbeitete, verlegte man sich immer stärker auf die außerparlamentarische Oppositionsarbeit. Im Januar sorgte der Foltertod von Park Chong-chol für großes öffentliches Aufsehen. Das Regime versuchte die Situation zu entschärfen, indem es eine Amnestie für alle politischen Häftlinge in Aussicht stellte, ebenso wurde die Ab-

⁸ Vgl. *The Korea Times* (30.11.1986).

schaffung des verhassten Militärdienstes für Studenten angekündigt. Demonstrationen und öffentliche Trauerveranstaltungen für den verstorbenen Park wurden jedoch rigoros unterbunden. Um eine geplante Großdemonstration am 7. Februar 1987 zu vereiteln, setzte die Regierung in Seoul etwa 33.000 Polizisten ein. Am 3. März 1987 waren etwa 60.000 Polizisten von Nöten, um einen weiteren Gedenkmarsch für Park zu verhindern. In beiden Fällen war das Regime erfolgreich. Dennoch wurden auch im Regierungslager Stimmen laut, die Zugeständnisse an die Opposition forderten, um die festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.⁹ Andere forderten hingegen eine Verschiebung der Verhandlungen bis nach den Olympischen Sommerspielen 1988.

Je weiter die Zeit voranschritt, desto hektischer wurden die Bemühungen um eine Lösung. Im März verlangte die Oppositionspartei ein Treffen zwischen Präsident Chun und den beiden Kims, um auf direktem Wege eine Einigung zu erzielen. Die Regierung lehnte jedoch ab. Auch das einflussreiche US-Außenministerium versuchte nun, zwischen beiden Fronten zu vermitteln. Die angespannte Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel gab dabei vermutlich den Ausschlag. Die USA fürchteten einerseits eine revolutionäre Eskalation wie im Iran, andererseits wollten sie unter allen Umständen ein zweites Gwangju vermeiden. Ihr Kompromissvorschlag lag jedoch weitgehend auf der Linie der Regierung (Kabinettsystem), weshalb die Protestkoalition zurückhaltend reagierte.

Anfang April wurde in der Öffentlichkeit immer lauter über eine Verschiebung der Verfassungsänderung diskutiert. Als Entgegenkommen gegenüber den Regimegegnern waren kleinere demokratische Reformen im Gespräch. Dies führte schließlich zu dem entscheidenden Punkt, an dem die spieltheoretische Erklärung für den demokratischen Systemwechsel im Juni 1987 ansetzt: Am 13. April beendete Präsident Chun mit einem Machtwort alle Gespräche über eine Verfassungsänderung. Die bisherigen Verhandlungen mit der Opposition bezeichnete er als kontraproduktiv. Die Gespräche über demokratische Reformen sollten erst nach den Olympischen Sommerspielen von 1988 wieder aufgenommen werden.

Mit dem Machtwort von Präsident Chun hatten sich die Hardliner in der Regierung durchgesetzt, die für eine Verschiebung der Verhandlungen eingetreten waren. Das Spiel war somit erneut an einem Wendepunkt angekommen. Brinkmanship funktioniert nur, wenn die Bahn abschüssig und ohne scharfe Kanten verläuft. Solange beide Seiten miteinander verhandelten, gab die Ungewissheit einen Schutz gegen eine unkontrollierte Eskalation: Jede Partei hatte berechtigten Grund zur Hoffnung, ihre Ziele in einer Kompromisslösung zumindest teilweise durchsetzen zu können. Dabei versuchte jeder Verhandlungspartner durch kleine, aber kalkulierte Schritte der Repression beziehungsweise Provokation, den anderen zu Eingeständnissen zu bewegen. Beide konnten nur ahnen, ab welchem Punkt die Situation außer Kontrolle geraten und es zu einer Revolution oder Niederschlagung kommen würde. Durch eine kontrollierte Steigerung der Eskalation versuchten die Beteiligten ihre Glaubwürdigkeit zu untermauern. Jede Seite kalkulierte fortwährend, wie weit sie sich

⁹ Vgl. *The Korea Times* (05.03.1987).

vorwagen könne. Wer zuerst aufgab, scheiterte weniger am anderen als an der fehlenden eigenen Courage.¹⁰

Der erneute Politikwechsel des Regimes gab somit den Ausschlag für die Protestwelle, die zu seinem Niedergang führte. Mit der Ankündigung vom 13. April 1987 war die Brinkmanship-Strategie, mit der das Regime für fast ein Jahr die Protestkoalition hingehalten hatte, durchbrochen worden. Das Regime hatte die abschüssige Bahn durch eine scharfe Kante unterbrochen: Ungewissheiten waren durch Gewissheiten und Wahrscheinlichkeiten durch Sicherheiten ersetzt worden. Als Folge hatte die Protestkoalition nur noch zwei Optionen: Kapitulation oder Revolution. Es mag sein, dass das Regierungslager entsprechend der Prognose von Przeworski einer Fehleinschätzung unterlag; den staatlichen Organen war es jedoch immerhin gelungen, jede bisher angekündigte Großdemonstration zu unterbinden. Außerdem befand sich die oppositionelle NDP in einer zermürbenden Spaltungskrise. Unter diesen Umständen schien es den Hardlinern wohl möglich, einen Abbruch der Verhandlungen – auch unter Hinweis auf die anstehenden Olympischen Sommerspiele – gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Durch die Erklärung von Präsident Chun frustriert, setzte die Protestkoalition unerwartete Kräfte frei und ging gegenüber dem Regime auf Konfrontationskurs. Das Risiko einer militärischen Niederschlagung der Proteste war nun entscheidend davon abhängig, wie die USA sich verhalten würden. Pressemeldungen zufolge war das State Department von der Aufkündigung aller Verhandlungen durch den Präsidenten überrascht worden.¹¹ Die Konfrontation spitzte sich immer weiter zu. Angesichts einer rasanten Zunahme von gewalttätigen Demonstrationen versetzte die Regierung Mitte Mai landesweit 140.000 Polizisten in Alarmbereitschaft.¹² Der US-Regierung rief Präsident Chun jedoch weiterhin zum Dialog und zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf.

Mitte Juni, auf dem Höhepunkt der Protestwelle, gab Außenminister Shultz schließlich bekannt, dass die US-Regierung eine Verhängung des Kriegsrechts nicht unterstützen würde.¹³ In einem persönlichen Schreiben forderte zudem der US-Präsident Ronald Reagan den südkoreanischen Präsidenten persönlich auf, nicht "überzureagieren" und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.¹⁴ Obgleich das Regime immer wieder Andeutungen und Drohungen im Hinblick auf eine mögliche Verhängung des Kriegsrechts streute, war die Entscheidung damit offensichtlich gefallen. Am 24. Juni durfte sich Kim Dae-jung nach 78 Tagen Hausarrest wieder frei bewegen. Am 26. Juni forderten führende Vertreter der christlichen Kirchen den Präsidenten auf, noch während seiner Amtszeit einer demokratischen Verfassungsänderung zuzustimmen.¹⁵ Am 29. Juni gab schließlich Roh Tae-woo, der designierte

¹⁰ "Der Punkt ist nicht: 'Wenn Du mir nicht gehorchst, dann besteht das Risiko, dass ich die und die Aktion wählen werde.' Stattdessen heißt es: 'Wenn Du mir nicht gehorchst, dann besteht das Risiko, dass dies und dies geschieht, wie sehr wir das auch beide hinterher bedauern werden'" (Dixit und Nalebuff 1997: 205).

¹¹ Vgl. *The Korea Times* (08.05.1987).

¹² Vgl. *The Korea Times* (15.05.1987).

¹³ Große Teile des südkoreanischen Militärs unterstehen amerikanischem Oberbefehl.

¹⁴ Vgl. *The Korea Times* (20.06.1987).

¹⁵ Vgl. *The Korea Times* (26.06.1987).

Nachfolger von Präsident Chun, in einer Acht-Punkte-Erklärung allen Forderungen der Opposition nach. Es kam zu zügigen Verhandlungen, die schließlich im Dezember mit der ersten freien Wahl eines neuen Präsidenten seit 1971 erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden.

5 Fazit: Perspektiven für die Demokratisierungsforschung

Die spieltheoretische Rekonstruktion der Demokratisierung Südkoreas bietet nicht nur eine Antwort auf die oft gestellte Frage nach der Erklärung für den Zeitpunkt eines bestimmten Regimewechsels, sondern eröffnet auch neue theoretische Einsichten in das Verhältnis zwischen voluntaristischen und strukturalistischen Konzepten. Wie oben angemerkt, ist es für voluntaristische Ansätze typisch, dass die Aufmerksamkeit sich vor allem auf die Situationseinschätzungen, Strategien und Ziele einzelner Gruppen oder Führungspersönlichkeiten richtet. Strukturelle Rahmenbedingungen spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Als Begründung verweisen die Hauptvertreter dieses Paradigmas darauf, dass Strukturen gerade in Zeiten des Übergangs, wenn sich das soziale Gefüge im Umbruch befindet, einen geringeren Einfluss auf Akteure ausüben als in "normalen" Zeiten (Schmitter und O'Donnell 1986: 5). Strukturalistische Ansätze vertreten demgegenüber eine kontäre Positionen: Soziale Strukturen gelten als maßgeblicher Bestimmungsfaktor für die Verteilung von Ressourcen, kollektiven Identitäten und Interessen im Demokratisierungsprozess. Das Erkenntnisinteresse richtet sich größtenteils auf Spannungen und Konflikte zwischen den sozialen Klassen. Aufgrund dieser gegensätzlichen Grundannahmen werden voluntaristische Ansätze weithin als "undersocialized" charakterisiert, während strukturalistische Ansätze als "oversocialized" gelten (Kitschelt 1992). Aufgrund dieser unüberbrückbaren Differenzen in den Grundannahmen gelten beide Konzepte nur als bedingt integrationsfähig (Mahoney et al. 1999).

Wie in der vorliegenden Untersuchung deutlich geworden ist, ergibt sich mit Blick auf die Wirkung von Strukturdynamiken jedoch ein anderes Bild. Voluntaristische Ansätze legen das Augenmerk auf die Kooperation zwischen den Akteuren, strukturalistische Ansätze auf die Nicht-Kooperation. In beiden Fällen handelt es sich um konkurrierende Strategien, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Entscheiden sich beide Seiten für Kooperation, besteht (a) die Möglichkeit, den demokratischen Regimewechsel friedlich auszuhandeln. Entscheiden sie sich für eine Strategie der Nicht-Kooperation und es kommt zum Schlagabtausch, sind prinzipiell drei weitere Ergebnisse denkbar: (b) Die Demokratiebewegung spaltet das Regime und setzt sich durch; (c) das Regime spaltet die Demokratiebewegung und setzt sich durch; (d) die Situation eskaliert und mündet entweder in eine Revolution oder eine massive Repression der Demokratiebewegung (vgl. Tabelle 1).

Wie in Tabelle 1 ersichtlich, stellt die ausgehandelte Demokratie für die Beteiligten jedoch nur das jeweils zweitbeste Ergebnis dar. Das beste Ergebnis – ein Sieg über die Demokratiebewegung beziehungsweise das autoritäre Regime – lässt sich nur über die einseitige Durchsetzung der eigenen Präferenzen erreichen. Was die Akteure davon abschreckt, ist allein die Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation, in der beide verlieren.

Tab. 1: Gewinne und Verluste unterschiedlicher Strategien im Demokratisierungsprozess

		Autoritäres Regime	
		Kooperation	Nicht-Kooperation
Demokratiebewegung	Kooperation	(a) Ausgehandelte Demokratie (3;3)	(c) Sieg des autoritären Regimes (2;4)
	Nicht-Kooperation	(b) Sieg der Demokratiebewegung (4;2)	(d) Unkontrollierbare Eskalation (1;1)

Quelle: Eigene Darstellung (4 = bestes, 3 = zweitbestes, 2 = drittbestes, 1 = viertbestes Ergebnis).

Die Frage lautet somit, unter welchen Konditionen entscheiden sich die Akteure für welche Strategie? Die Antwort darauf ist in hohem Maße vom "Kräfteverhältnis" zwischen beiden Seiten abhängig (Rueschemeyer et al. 1992): Eine Strategie der Nicht-Kooperation ist für die Beteiligten erfolgversprechend, wenn sie über ein überlegenes Einflusspotenzial verfügen. Als Folge wird beispielsweise das Regime an der Unterdrückung der Demokratiebewegung solange wie möglich festhalten. Erst wenn sich das Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der Opposition verschiebt, rückt eine Kooperationslösung in den Bereich des Denkbaren. Umgekehrt wird die Demokratiebewegung umso stärker auf eine einseitige Durchsetzung ihrer Forderungen drängen, je günstiger sich die strukturellen Voraussetzungen für sie darstellen.

Daraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen voluntaristischen und strukturalistischen Ansätzen in der Demokratisierungsforschung: Solange die Verteilung von Einflusspotenzialen unausgeglichen ist, wird sich eine Seite auf Kosten der anderen durchsetzen. Als Ergebnis werden die entsprechenden "Ausschüttungen" entweder aus Feld (b) oder (c) realisiert (vgl. Tabelle 1). Das wechselseitige Verhalten der Akteure ist folglich in hohem Maße *strukturell* konditioniert. Je mehr sich aber das Kräfteverhältnis zwischen beiden Seiten – etwa durch Modernisierung, demographische Veränderungen, Krisen, Katastrophen oder internationale Einflüsse – angleicht, desto schwieriger wird es, das Ergebnis allein aus dem strukturellen Kontext abzuleiten. Der Ausgang des Demokratisierungsprozesses lässt sich aufgrund der vorhandenen Strukturen immer weniger vorhersagen und die in voluntaristischen Ansätzen betonten Handlungsspielräume der Akteure werden immer größer, womit Situationseinschätzungen, Strategien und Ziele zunehmend an Bedeutung gewinnen. Das heißt, mit der wechselseitigen Angleichung des Kräfteverhältnisses verschiebt sich auch der analytische Rahmen: Die Erklärungskraft strukturalistischer Konzepte nimmt ab, während die Erklärungskraft voluntaristischen Konzepte zunimmt. Das heißt, je ausgeglichener die Einflusspotenziale, desto mehr Freiraum für voluntaristisches Handeln.

Aus spieltheoretischer Perspektive zeigt sich somit, dass die Kontingenz des Handelns paradoxerweise gerade von der strukturellen Verteilung der Einflusspotenziale abhängig ist: Der strukturelle Kontext schafft die Bedingungen für relativ autonome strategische Entscheidungen über das Festhalten an einer Strategie der Nicht-Kooperation beziehungsweise den Übergang zur Kooperation.

In der Folge richtet sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit zunächst auf das strukturelle Kräfteverhältnis zwischen den Kontrahenten. Es reicht aber nicht, das Verhalten der Akteure allein aus ihren Klasseninteressen abzuleiten. Das Fallbeispiel Südkoreas hat vielmehr gezeigt, dass die Stärke der Demokratiebewegung wesentlich von ihrer Geschlossenheit und der Fähigkeit zur Mobilisierung von Ressourcen abhängig war. Umgekehrt stützte sich die Durchsetzungsfähigkeit des Regimes nicht nur auf den Staatsapparat, sondern auch auf seine Fähigkeit, eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren.

Insofern die strukturellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Durchsetzung der eigenen Interessen sich fortwährend im Wandel befinden, verschiebt sich die Aufmerksamkeit von statischen Aspekten der Klassenstruktur auf *dynamische Prozesse* der Koalitionsbildung, Stabilisierung von kollektiven Identitäten, Kodierung von Bedeutungssystemen und Mobilisierung von Ressourcen im Wechselverhältnis zwischen beiden Lagern. Für die komparative Forschung ergibt sich auf dieser Basis die Möglichkeit, Prozesse der einseitigen Steigerung oder Erosion von Einflusspotenzialen zu verfolgen, die jeweiligen Konsequenzen spieltheoretisch zu modellieren und auf diesem Wege schließlich – jenseits einer einseitigen Betonung voluntaristischer oder strukturalistischer Grundannahmen – die sozialen Mechanismen und historischen Pfade der Demokratisierung vergleichend zu rekonstruieren (Hedström und Swedberg 1998; Tilly 2000).

6 Literatur

- Cadena-Roa, Jorge. 2003. "State Facts, Elites, und Social Movements in Mexico's Transition to Democracy." in: *States, Parties, and Social Movements*, Jack Goldstone. Cambridge: Cambridge University Press: 107-143
- CISJD. 1988. *Lost Victory. An Overview of the Korean People's Struggle for Democracy in 1987*. Seoul: Minjungsa
- Coleman, James S. 1995. *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. München: Oldenbourg
- Collier, Ruth Berins, and David Collier. 1991. *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement; and Regime Dynamics in Latin America*. Princeton: Princeton University Press
- DiMaggio, Paul J., und Walter W. Powell. 1991. "The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality." in: *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell. Chicago: University of Chicago Press: 63-82
- Dixit, Avinash K., und Barry J. Nalebuff. 1997. *Spieltheorie für Einsteiger*. Stuttgart: Schäffer Poeschel
- Eisinger, Peter K. 1973. "The Conditions of Protest Behaviour in American Cities." in: *The American Political Science Review* 67: 11-28
- Elias, Norbert. 1976. *Über den Prozess der Zivilisation (Bd. 2). Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation*. Frankfurt: Suhrkamp
- Elster, Jon. 1989. *The Cement of Society. A Study of Social Order*. Cambridge: Cambridge University Press
- Goldstone, Jack A. 1991. "An Analytical Framework." in: *Revolutions of the Late Twentieth Century*, Jack A. Goldstone et al. Boulder: Westview Press: 37-51
- Goldstone, Jack. 1998. "Initial Conditions, General Laws, Path Dependence, and Explanation in Historical Sociology." in: *The American Journal of Sociology* 104: 829-845

- Granovetter, Mark. 1978. "Threshold Models of Collective Behavior." in: *The American Journal of Sociology* 83: 1420-1443
- Hedström, Peter, und Richard Swedberg. 1998. "Social Mechanisms: An Introductory Essay." in: *Social Mechanisms: An Analytical Approach to Social Theory*, Peter Hedström und Richard Swedberg. Cambridge: Cambridge University Press: 1-31
- Kern, Thomas. 2001. "Das andere Wachstumswunder: protestantische Kirchen in Südkorea." in: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (5): 341-361
- Kern, Thomas. 2003. "Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980-1987)." in: *Berliner Journal für Soziologie* 13 (3): 1-23
- Kern, Thomas. 2004. *Institutioneller Wandel und Modernität. Südkoreas Pfad zur Demokratie*. Unveröffentlichtes Manuskript. Hamburg: Institut für Asienkunde
- Kim, Sunhyuk. 2000. *The Politics of Democratization in Korea. The Role of Civil Society*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press
- Kitschelt, Herbert. 1992. "Political Regime Change: Structure and Process-Driven Explanations?" in: *The American Political Science Review* 86 (4): 1028-1034
- Klandermans, Bert. 1997. *The Social Psychology of Protest*. Oxford: Blackwell
- Koopmans, Ruud. 1999. "The Use of Protest Event Data in Comparative Research: Crossnational Comparability, Sampling Methods and Robustness." in: *Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest*, Dieter Rucht et al. Lanham: Rowman and Littlefield: 90-110
- Kurzman, Charles. 1996. "Structural Opportunity and Perceived Opportunity in Social-Movement Theory: The Iranian Revolution of 1979." in: *American Sociological Review* 61: 153-170
- Lipset, Seymour Martin. 1994. "The Social Requisites of Democracy Revisited." in: *American Sociological Review* 59 (1): 1-22
- Mahoney, James, Snyder, und Richard. 1999. "Rethinking Agency and Structure in the Study of Regime Change." in: *Studies in Comparative International Development* 34 (2): 3-32
- Merkel, Wolfgang. 1996. "Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?" in: *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*, Wolfgang Merkel. Opladen: Leske und Budrich: 303-332
- Moore, Barrington. 1969. *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*. Frankfurt: Suhrkamp
- Oliver, Pamela E. 1993. "Formal Models in Studying Collective Action and Social Movements." in: *Annual Review of Sociology* 19: 271-300
- Oliver, Pamela E., Gerald Marwell, und Ruy Teixeira. 1985. "A Theory of the Critical Mass I: Interdependence, Group Heterogeneity, and the Production of Collective Action." in: *The American Journal of Sociology* 90: 522-556
- Oliver, Pamela E., und Daniel J. Myers. 1999. *The Opposing Forces Diffusion Model: The Initiation and Repression of Collective Violence*. Notre Dame
- Opp, Klaus-Dieter, und Wolfgang Ruhl. 1990. "Repression, Micromobilization and Political Protest." in: *Social Forces* 9: 521-547
- Przeworski, Adam. 1991. *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press
- Rasler, Karen. 1996. "Concessions, Repression, and Political Protest in the Iranian Revolution." in: *American Sociological Review* 61: 132-152
- Rucht, Dieter. 1994. "Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen." in: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Friedhelm Neidhardt. Opladen: Westdeutscher Verlag: 337-358
- Rucht, Dieter. 1998. "Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik." in: *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Kai-Uwe Hellmann und Ruud Koopmans. Opladen: Westdeutscher Verlag: 107-127
- Rucht, Dieter, Koopmans, und Friedhelm Neidhardt. 1999. *Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest*. Lanham: Rowman and Littlefield
- Rueschemeyer, Dietrich, Evelyne H. Stephens, und John D. Stephens. 1992. *Capitalist Development and Democracy*. Chicago: University of Chicago Press
- Scharpf, Fritz W. 2000. *Interaktionsformen: akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske und Budrich
- Schelling, Thomas. 1980. *The Strategy of Conflict*. Cambridge: Harvard University Press
- Schimank, Uwe. 2000. *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. Weinheim: Juventa
- Schmitter, Philippe C., und Guillermo A. O'Donnell. 1986. *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions About Uncertain Democracies*. Baltimore: John Hopkins University Press

- Snow, David A., und Robert D. Benford. 2000. "Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment." in: *Annual Review of Sociology* 26: 611-639
- Tarrow, Sidney. 1991. "Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: theoretische Perspektiven." in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43: 647-670
- Tarrow, Sidney. 1995. *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press
- Tilly, Charles. 1999. *Die europäischen Revolutionen*. München: C.H. Beck
- Tilly, Charles. 2000. "Processes and Mechanisms of Democratization." in: *Sociological Theory* 18: 1-16